

## **Für eine starke EU: Integrität, Antikorruption und Rechtstaatlichkeit**

### **Positionen von Transparency Deutschland für die deutsche EU-Ratspräsidentschaft 2020**

Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft wird stark von der Bewältigung der unmittelbaren Folgen der Corona-Pandemie und vom Brexit geprägt sein. Dennoch müssen die Anstrengungen um den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wiederaufbau bereits mit der Weichenstellung für eine nachhaltige Entwicklung gekoppelt und mit der geopolitischen Agenda und den ambitionierten Plänen der Europäischen Kommission in Einklang gebracht werden. Davon hängt – wie Bundeskanzlerin Angela Merkel mehrfach betont hat – die zukünftige Entwicklung der Europäischen Union ab und ist damit auch eine existentielle Frage für Deutschland.

Dieses Papier richtet sich an das Bundeskanzleramt und an die Bundesministerien mit Erwartungen, die Transparency Deutschland für das Gelingen der EU-Ratspräsidentschaft bei der Festigung der EU und deren Wirkungsmacht bei der Bewältigung der zahlreichen Herausforderungen für wesentlich hält.

### **Auch in Ausnahmesituationen muss die Hilfe dort ankommen, wo sie hingehört**

Unter außergewöhnlichen Bedingungen, wenn unter Zeitdruck Lösungen gefunden werden müssen, besteht eine erhöhte Gefahr des Missbrauchs der krisenbedingt unübersichtlichen Umstände, wie zahlreiche Beispiele bereits zeigen. Transparency Deutschland erwartet, dass die Bundesregierung während der EU-Ratspräsidentschaft besondere Aufmerksamkeit auf die Festigung der Integrität der EU-Institutionen richtet, sowohl im Hinblick auf die Transparenz der Entscheidungen des Europäischen Rats selbst als auch der anderer EU-Institutionen.

Gerade der Gesundheitssektor ist anfällig für Korruption. Die jährlichen Verluste durch Korruption werden weltweit auf über 400 Milliarden Euro geschätzt. Transparenz und klare Kommunikation zu Nulltoleranz für Korruption schützen vor Fehlentwicklungen, weil sie öffentliche Einsicht, Kontrolle und eine nachträgliche Analyse ermöglichen. Transparency Deutschland ist überzeugt, dass es gerade jetzt für das Vertrauen in die Institutionen und für die Festigung des Zusammenhalts Europas von entscheidender Bedeutung ist, dass Nothilfe und Förderung dort ankommen, wo sie hingehören.

- Auch die absehbar harten Verteilungsdiskussionen um die umkämpften Budgetmittel der EU und der öffentlichen Haushalte dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Erfolg aller EU-Politikbereiche auch nach der akuten Pandemie wesentlich dadurch bestimmt wird, dass die den EU-Institutionen anvertrauten finanziellen Mittel ihr erklärtes Ziel tatsächlich und in voller Höhe erreichen. Gelingt dies nicht, werden der Europäische Green Deal, die sozial-ökologische Entwicklung und die EU insgesamt Schaden nehmen. Die Förderung aus EU-Mitteln muss daher mit überprüfbaren Auflagen entlang der erklärten Ziele versehen und kontrollierbar sein.

## **Rechtsstaatlichkeit muss im Zentrum stehen**

Die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat Rechtsstaatlichkeit als zentral für ihre Vision einer Union von Gleichberechtigung und sozialer Gerechtigkeit bezeichnet. Sie hat angekündigt, ein jährliches Monitoring der Rechtsstaatlichkeit in den Mitgliedstaaten zu etablieren. Deutschland sollte diesen Prozess tatkräftig unterstützen. Die nötige Unparteilichkeit der EU-Präsidentschaft bietet die Chance, auch eigene Schwächen einzuräumen und Bereitschaft zur Nachbesserung zu zeigen.

- Transparency Deutschland erwartet, dass am Ende der Präsidentschaft Mechanismen erarbeitet worden sind, die sicherstellen, dass fortgesetzte Verstöße einzelner Mitgliedstaaten gegen die Grundprinzipien der Gewaltenteilung, Rechtsstaatlichkeit, Pressefreiheit sowie der Unabhängigkeit von Wissenschaft und Zivilgesellschaft nicht länger folgenlos bleiben.

Gerade angesichts der heiklen Lage mit einigen Mitgliedstaaten drängen sich notwendige Korrekturen bei der externen Weisungsgebundenheit der Staatsanwaltschaft vom Justizminister im Einzelfall und den Mechanismen bei Auswahl und Ernennung der Richter auf. Transparency hält das Beispiel der Verhaltensleitlinien für Richterinnen und Richter des Bundesverfassungsgerichts für einen weiter zu entwickelnden Weg zur Stärkung der Selbstverwaltung der Justiz.

Mehr Rechtsstaatlichkeit durchsetzen kann nur gelingen, wenn eine aktive Strafverfolgung stattfindet und die EU-Staatsanwaltschaft finanziell angemessen ausgestattet wird. Dies ist gerade in Zeiten großer Budgetverteilungskämpfe besonders wichtig, denn nur so können durch Korruption und Betrug fehlgeleitete finanzielle Ressourcen der EU wieder zurückgeholt werden.

- Transparency Deutschland erwartet eine Leitentscheidung im Rahmen der Aufstellung des neuen EU-Budgets, die eine substantielle Erhöhung des Budgets der EU-Staatsanwaltschaft gewährleistet.

Mehr denn je in der Vergangenheit haben das Vorhandensein einer freien Presse in den Mitgliedsländern und das Fördern einer europäischen Öffentlichkeit eine weichenstellende Rolle für die Zukunft Europas. Gleichzeitig stellen erstarkende populistische Tendenzen und Fake News ganz Europa vor erhebliche Herausforderungen. Die Konferenz zur Zukunft Europas mit breiter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger kann auch hier eine maßgebliche Aufgabe erfüllen.

Offenes und transparentes Handeln aller EU-Institutionen, insbesondere auch mehr Transparenz und ausgewogene Beteiligung der Stakeholder im Gesetzgebungsprozess sind unerlässliche Voraussetzungen für das Vertrauen in die demokratische Verfassung der EU-Institutionen. Ohne Transparenz bleiben alle Bekundungen für zivilgesellschaftliche Teilhabe bedeutungslose Worthülsen und verfehlen ihr Potential für die Stärkung der EU.

- Transparency Deutschland erwartet, dass die Ratspräsidentschaft dem Dialog mit der Zivilgesellschaft einen hohen Stellenwert einräumt und deren Rolle als „watch dog“ anerkennt. Die Erprobung neuer Formen der zivilgesellschaftlichen Beteiligung muss ambitioniert und glaubwürdig in Gang gesetzt werden.
- Die EU-Präsidentschaft sollte die Empfehlung der Europäischen Bürgerbeauftragten aufgreifen und die Transparenz des EU-Rates selbst voranbringen, indem sie die Positionen der Mitgliedsstaaten zu Gesetzgebungsvorhaben zeitnah der

Öffentlichkeit zugänglich macht. Dies würde die Europäische Union davor schützen, als Sündenbock für missliebige Regulierung diskreditiert zu werden.

## **Europäischer Green Deal gelingt nur mit europäischen Grundwerten und Korruptionsbekämpfung**

Im heutigen, geopolitisch unsicheren Umfeld – insbesondere in der Nach-Corona-Zeit – kann Europa seine globale Kraft vor allem durch eine weltweit sichtbare, konsequente Verfolgung seiner Wertebasis in allen Politikbereichen entfalten und so zur Minimierung der Ursachen beitragen, die Menschen zum Verlassen ihrer Herkunftsländer veranlassen. Dies nicht nur aus humanitären Gründen, sondern als einen wesentlichen Beitrag zur Friedens- und Sicherheitspolitik.

Von entscheidender Bedeutung ist hier der Gleichklang der Investitions- und Handelspolitik mit der Entwicklungspolitik. Die Bekenntnisse zu Klimaschutz, Nachhaltigkeit und partnerschaftlicher Entwicklungszusammenarbeit müssen sich im politischen Willen zur konkreten Durchsetzbarkeit der einschlägigen Konventionen und Abkommen der Vereinten Nationen zum Schutz der Menschenrechte, der Umwelt, des Klimas sowie der Korruptionsbekämpfung, die regelhaft mit der Verletzung der vorgenannten Schutzgebieten einhergeht. Bei allen Bemühungen um Multilateralität ist mehr Konvergenz der Welthandelsorganisation zu den Vereinten Nationen nötig, wenn Investitionen und Handel nicht ein Paralleluniversum bleiben sollen. Die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen bieten einen international anerkannten Verhaltenskodex für Auslandsinvestitionen und für die Zusammenarbeit mit ausländischen Zulieferern.

- Transparency Deutschland erwartet, dass die deutsche Ratspräsidentschaft auf dieser Basis die Initiative des EU-Justizkommissars Didier Reynders unterstützt, einen gesetzlichen Rahmen unternehmerischer Sorgfaltspflichten für Menschenrechte und Umweltschutz auf den Weg zu bringen. Nur so lassen sich Verbesserungen für Menschenrechte, Umweltschutz und gleiche Wettbewerbsbedingungen miteinander verknüpfen und einem fairen Europäischen Green Deal Durchschlagskraft verleihen. So sehen es Dutzende große und mittelständische Unternehmen in Deutschland, die ihre Geschäfte mit Anstand führen wollen. Einen ersten Schritt in diese Richtung wird ein deutsches Lieferkettengesetz setzen, in dem Antikorruption explizit berücksichtigt wird.
- Der Mangel an Transparenz des EU-Rats und bei den Verhandlungen der investitions- und handelspolitischen Entscheidungsfindung muss beseitigt werden. Eine aktive und ausgewogene Beteiligung der Zivilgesellschaft, ist wichtig, um die Glaubwürdigkeit der EU zu stärken.

## **Transparentes Finanzwesen gegen illegitime Finanzströme**

Nach den vielen Krisen und Skandalen im Finanzgeschehen muss sich die EU als Hort seriöser Geschäftspartner auf internationalen Finanzmärkten erweisen. Korruption, Geldwäsche und Steuervermeidung sind nach wie vor allgegenwärtig und untergraben die rechtliche Integrität und Legitimität europäischer Strukturen. Darüber hinaus gefährden sie die Früchte der Entwicklungszusammenarbeit, die Bemühungen um soziale Gerechtigkeit in Europa und weltweit und gefährden die Vollendung einer Banken- und Kapitalmarktunion. Hier ist eine effektive Umsetzung der eingeleiteten Regulierung der Finanzmärkte dringend erforderlich. Für eine erfolgreiche Transformation der Gesellschaft sind neue Formen der

Besteuerung von Gewinnen in allen Mitgliedstaaten unverzichtbar. Dies gilt für die Finanztransaktionssteuer ebenso wie für die Besteuerung von international operierenden Betreibern digitaler Plattformen. Es muss von einer öffentlich zugänglichen länderspezifischen Berichterstattung begleitet werden, die eine sachkundige demokratische Debatte über die gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen ermöglicht.

- Transparency Deutschland erwartet, dass die EU-Ratspräsidentschaft die zentrale Zusammenführung der Transparenzregister der Mitgliedstaaten ambitioniert vorantreibt, um der mittlerweile etablierten Schatten-Finanzwelt auf europäischer Ebene effektiv Herr zu werden. Die Gründung einer europäischen Financial Intelligence Unit (FIU) zur Bekämpfung der Geldwäsche in den EU-Mitgliedstaaten auf Grundlage einer europäischen Rechtsverordnung wird dazu einen wichtigen Beitrag leisten.
- Transparenz und Rechenschaftspflicht über die Finanzflüsse sämtlicher Finanzinstitutionen sind für den Erfolg all dieser Maßnahmen unerlässlich und erleichtern die Kontrolle.
- Eine effektivere Strafverfolgung ist dabei unverzichtbar und muss organisatorisch und ressourcenmäßig angemessen ausgestattet werden.

### **Informationelle Selbstbestimmung gehört zum Wertekanon der EU**

Corona führt deutlich vor Augen, welche Chancen in der Digitalisierung stecken. Diese gilt es im Sinne des Europäischen Green Deal wahrzunehmen und auch zur Überbrückung geographischer Distanzen mit unseren Partnerländern weltweit gezielt einzusetzen. So wie die Datenschutz-Grundverordnung bereits internationale Anerkennung gefunden hat, so soll auch die ePrivacy-Verordnung zügig die nötigen Leitplanken für die Digitalisierung setzen sowie Rechtsklarheit und -einheitlichkeit herstellen. Die Werte der Grundrechte-Charta müssen durchgesetzt und gelebt werden können.

Die Förderung der Digitalisierung wird nur dann erfolgreich sein, wenn sie das Vertrauen der Bevölkerung in die Möglichkeiten dieser neuen Technologie stärkt. Datenschutzfreundliche Grundeinstellungen müssen vorgeschrieben werden und die Zustimmung zur Nutzung personenbezogener Daten durch Dienstleister muss sinnvolle Wahlmöglichkeiten anbieten. Alternativen lassen sich durch eine Stärkung des Wettbewerbs schaffen. Portabilität und Interoperabilität sind zentrale Forderungen, um die Marktmacht von bereits heute marktbeherrschenden Anbietern einzuschränken.

Es gehört zur Glaubwürdigkeit der Politik, dass die informationelle Selbstbestimmung in Kooperationen und Abkommen mit Partnerländern nicht aufgeweicht wird. Im Zusammenhang mit neuen Geschäftsmodellen und Sicherheitsbelangen ist der Datenhunger grenzenlos. Das Grundrecht der informationellen Selbstbestimmung dürfen wir nicht als ein singuläres Recht für die EU-Bürger betrachten, sondern als einen Wert, den wir allen Bürgerinnen und Bürgern in unseren Partnerländern auch zugestehen.

- Die EU-Präsidentschaft muss die informationelle Selbstbestimmung als eine zentrale Voraussetzung für die Akzeptanz und somit den Erfolg der Digitalisierung in Europa verteidigen und die dafür nötigen Rechtsgrundlagen vorantreiben. Die Verbreitung dieses Grundrechtes als eines der europäischen Werte muss auch bei Projekten mit Partnerländern verankert werden.

## **Die Glaubwürdigkeit der EU steht und fällt mit der Kohärenz**

Wichtiger denn je ist in dieser herausfordernden Zeit, dass die Ausrichtung des Kompasses im gesamten politischen Handeln der EU und die Kohärenz der Entscheidungen der verschiedenen Ressorts deutlich erkennbar werden. Hunderte Unternehmen fordern, dass die Zukunftsorientierung des Kompasses manifestiert wird. Der Mehrwert der EU muss für Bürgerinnen und Bürger und für die Wirtschaft gleichermaßen erfahrbar werden. Die bisherige Handhabung der Corona-Krise in Deutschland, aber auch die Corona-Geberkonferenz zur Entwicklung von Impfstoffen, Tests und Medikamenten haben die Potentiale gezeigt, die ein kraftvolles und effizientes Handeln entfalten kann, wenn man ein breit getragenes gemeinsames Ziel hat und es entschlossen verfolgt. Genau diese Erfahrung benötigt die EU und erwarten die EU-Bürgerinnen und -bürger. Der Wertekanon der Europäischen Gemeinschaft spielt dabei die zentrale Rolle nach innen und nach außen.

- Transparency Deutschland erwartet, dass die Strategie der Bundesregierung zur Ratspräsidentschaft klare Zeichen der Kohärenz zwischen den bundesdeutschen Ressorts setzt und so auch der Koordination durch das Auswärtige Amt Glaubwürdigkeit verleiht. Der Beitrag der deutschen EU-Ratspräsidentschaft muss sich in einer zukunftsorientierten EU manifestieren, in der das Thema Korruptionsprävention in allen zentralen Politiken als Selbstverständlichkeit verankert ist.